

# Danziger Volksstimme

Einzelnummer 3. VIII. 23.

Bezugspreis für die Woche vom 21. 9. - 28. 9. 1923  
15 Mk. Papierm. oder 25 Goldm. Postbezugspreis für  
Daher: Grundpr. 1.000 Mk., Schlußjahr freibleibend an-  
gelegen: d. w. g. 15 Goldm., Neulieferung 20 Goldm.,  
zahlbar in Papierm. nach dem Stande des Dollars am Vorlage  
des Zahlungsplans. 1 Dollar = 4,20 Mk. Abonnements- und  
Anzeigenaufträge in Polen nach dem Danziger Tageskurs.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spandauer Nr. 6,  
Postfachkonto: Danzig 2945  
Fernsprecher: für Schriftleitung: 720,  
für Anzeigen, Annahme, Zeitungs-  
bestellung und Druckfachen 3280.

Nr. 226

Donnerstag, den 27. September 1923

14. Jahrg.

## Putzschgefahr in Bayern.

Das bayerische Gesamtministerium hat jetzt eine Verordnung über einstweilige Maßnahmen zum Schutze der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Bayern erlassen und bis auf weiteres den oberbayerischen Regierungspräsidenten Dr. v. Kahr als Generalstaatskommissar bestellt, an den die vollziehende Gewalt sofort übergeht. Sämtliche Behörden des Reiches, des Landes und der Gemeinden bleiben in ihrer Tätigkeit, haben aber mit Ausnahme der Gerichte und Militärbehörden den Anordnungen und Verfügungen des Generalstaatskommissars Folge zu leisten. Er ist berechtigt, jederzeit an ihrer Stelle Amtshandlungen vorzunehmen und befragt, die Hilfe der Wehrmacht anzusuchen. Durch diese Verordnung sind auch Beschränkungen der persönlichen Freiheit, der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungswesens, des Postgeheimnisses sowie Handlungen und Beschlagnahmen zulässig.

Die Ausnahmeverordnung der bayerischen Regierung war notwendig wegen der offenen Propaganda der bayerischen Nationalisten zum Bürgerkrieg. Besonders schlen ihnen jetzt die Gelegenheit des Abbruchs des Ruhrkampfes im Losschlagen günstig.

Die sozialdemokratische „Münchener Post“ erklärt, die Meldung über die Vorbereitungen der vaterländischen Kampfverbände beweisen, daß schon für die nächste Zeit ein Gewaltstreik gegen den verfassungsmäßigen Zustand des Reiches und der Länder geplant sei. Das Blatt mahnt die Arbeiter zur größten Selbstbeherrschung. Der Verband „Oberland“ hat den Befehl ausgegeben, am Freitag früh um 4 Uhr mit Waffen auf dem Marmplatz zu sein. In einem weiteren vertraulichen Befehl ist den Mitgliedern des Verbandes die Abreise von München strengstens verboten worden. — Im „Völkischen Beobachter“ richtet Fürst Karl Brede an die ehemaligen Kavalleristen einen Appell zur Bereitstellung der Reiterkorps der Sturmabteilung. Der Nationalsozialist Sittler hat jetzt die Oberleitung über zwei der wichtigsten nationalistischen Verbände Bayerns erhalten und es wird wieder einmal der Versuch gemacht, die Einigung der bayerischen Nationalisten, die noch immer in zwei sich bekämpfende Lager gespalten sind, unter der Leitung Sittlers zu vollziehen. Für Donnerstag sind 14 nationalistische Versammlungen einberufen, zu denen ein Massenaufmarsch propagiert wird. In sämtlichen Versammlungen will Sittler selbst sprechen.

Die Vollversammlung der Betriebsräte Münchens beschloß die Einberufung eines bayerischen Betriebsrätetages.

Die Ernennung v. Kahrs zum Generalstaatskommissar gewinnt dadurch einen besonderen Reiz, daß Kahr selbst einer der Führer der bayerischen Nationalisten ist. Die bayerische Regierung, die selbst sehr reaktionär-nationalistisch orientiert ist, will anscheinend durch die Ernennung v. Kahrs der Anrufung Sittlers zum Diktator von eigenen Gnaden zuvorkommen, indem sie ihrerseits einen Diktator bestellt und damit den regierungstreuen Bund „Bayern und Reich“, dessen Ehrenvorsitzender v. Kahr ist, gegen den deutschen Kampfbund Sittlers ausspielt.

Der „Vorwärts“ urteilt über die Maßnahmen der bayerischen Regierung in ähnlicher Weise. Die Regierung v. Knilling unternimmt einen letzten und außerordentlich gewagten Rettungsversuch, indem sie dem Führer der „vaterländischen Verbände“ die Aufrechterhaltung der Ordnung überträgt, die von Seiten Sittlers und Ludendorffs aufs schärfste gefährdet erscheint. Zwischen Kahr auf der einen Seite und Sittler auf der anderen Seite bestehen Gegensätze, die in letzter Zeit mit wachsender Schärfe zum Ausdruck gekommen sind. Die Ernennung Kahrs zum Generalstaatskommissar kann sie noch weiter auseinanderbringen. — Aber wenn sie sich einigen sollten, dann gäbe es allerdings keine Staatsmacht in Bayern mehr, auf die bei Abwehr eines Rechtspolitischen zu rechnen wäre. Der „Vorwärts“ schließt seine Ausführungen mit den Worten: Bayern muß wissen, daß es ein Teil des Reiches ist; und daß es noch eine Reichsgewalt gibt.

## Stresemann zum Abbruch des Ruhrkampfes.

Im Auswärtigen Ansbuch des Reichstags erklärte gestern der Reichskanzler: Die Reichsregierung werde zwecks Aufgabe des passiven Widerstandes die Verordnungen zurückziehen, die sich auf seine Durchführung bezogen. Nach den Angaben der berufensten Vertreter aus den besetzten Gebieten hätte der passive Widerstand nur noch eine gewisse Zeit aufrechterhalten werden können, ohne ihn der Gefahr eines Zusammenbruchs in sich selbst auszuweichen. Der Reichskanzler legte das Verhältnis der Ruhrangaben zu der Finanzlage des Reiches dar, das in Wälde den schwersten finanziellen in seinen Folgen nicht zu überwindenden Zusammenbruch zu bringen drohte. Die Versuche der Reichsregierung, die Stilllegung des Widerstandes zu verbinden mit französisch-belgischen Maßnahmen zur Rück-

führung der Vertriebenen, der Befreiung der Gefangenen usw., seien wegen der Haltung des französischen Ministerpräsidenten erfolglos geblieben. So mußte der Ruhrkampf aus innerdeutschen wie außenpolitischen Momenten aufgegeben werden, weil dessen Fortführung zweifellos zu einem vollkommenen Zusammenbruch im Innern geführt hätte. Was die Vorbereitungen betreffe, um das Ruhr- und Rheingebiet in einen einigermassen normalen Zustand zu überführen, so könnten nur Eventualrichtlinien festgelegt werden, da diese Dinge nicht allein von Deutschland abhängen. Der Reichskanzler betonte nochmals, daß in der Frage des passiven Widerstandes in all den Beratungen der letzten Tage nicht von einer einzigen Seite ausgesprochen worden sei, daß man sich bei Fortsetzung des Widerstandes, bei Finanzierung von deutscher Seite, irgendetwas versprechen würde. Der deutsch-nationale Vorschlag, mit Frankreich zu brechen und die Verpflegung der besetzten Gebiete sowie die Wiederinstandsetzung ihres Wirtschaftslebens zunächst der Sorge Frankreichs und Belgiens zu überlassen, habe gerade bei den Vertretern dieser Gebiete schärfste Beurteilung erfahren. Man würde darin im Rheinlande ein Aufgeben, ja vielleicht einen Verrat am Rheinlande sehen. Die heutige Proklamation bringe zum Ausdruck, um was bei den bevorstehenden Verhandlungen zu kämpfen sei. Die darin enthaltenen Erklärungen würden die festen Grundlinien bilden, nach denen die Reichsregierung handeln werde.

In der nachfolgenden Diskussion billigten die Vertreter der Demokraten, der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Deutschen Volkspartei die Ausführungen des Reichskanzlers und stellten sich hinter die Politik der Reichsregierung. Dr. Helfferich (deutsch-national) forderte, daß der passive Widerstand durch den

## Das Währungsabkommen mit Polen.

Von Wilhelm Rahn, M. d. B.

Seit der Währungsreform in Deutschland hat sich bei jeder Gelegenheit darauf hingewiesen, daß es für die junge Freie Stadt notwendig wäre, sich von der deutschen Mark zu lösen, sollte sie nicht in den aus der Unerfüllbarkeit des Verfallens Vertrages zwingend sich ergebenden Währungs- und Wirtschaftsverfall Deutschlands hineingezogen werden. Nach dem Sir Reginald Tower nach Danzig kam, verlangte ich in der Danziger Stadtverordnetenversammlung die Gründung einer provisorischen Regierung und die Schaffung einer eigenen Danziger Goldwährung. Für beides hatte man seinerzeit in Danzig kein Verständnis. Die hohe Bürokratie wollte sich Senatorenposten sichern, und die führenden Bankier- und Wirtschaftskreise hatten von Währungsdingen keine Ahnung. Man behauptete, Danzig wäre zu klein, um eine eigene Währung haben zu können; fragte, wo man das Gold dazu hernehmen sollte und fand der Weisheit letzten Schluß darin, daß wir bei der deutschen Mark für absehbare Zeiten bleiben müßten. Sahm, Dr. Ewert, der Stadtkämmerer, Jemelowski, Marx von der Privatbank, Dr. Danne, Kommerzienrat Wieler und viele andere der „Großen“ amüsierten sich über die „unannehmliche Forderung“ nach einer eigenen Währung. Ich behauptete, sie alle haben den Verfallens Vertrag nicht gelesen oder aber ihn nicht verstanden, sonst hätten sie nicht noch bis vor wenigen Monaten bei ihrer ursprünglichen Meinung über diese Frage bleiben können. Selbst die verschiedenen Konferenzen der Entente-Staatsmänner und das erste und zweite Londoner Ultimatum konnten die Danziger Wirtschaftskapitäne nicht davon überzeugen, daß die deutsche Mark in den Abgrund gehen müßte und wir in Danzig mit ihr, wenn wir uns nicht von der Reichsmark freimachten. So haben wir denn den Fortschritt der Mark mitgemacht von ein Häufel ihres Friedenswertes bei Begründung der Freien Stadt bis auf ein Viermillionstel des Goldwertes der Mark in der Gegenwart, mit allen seinen Folgen: Verlust erheblicher Teile der Substanz, Verarmung der Rentner, Proletarisierung weiter Schichten des Mittelstandes, Senkung der Lebenshaltung der arbeitenden Klasse auf ein Minimum, Wohnungmangel, Zerrüttung der Staats- und Kommunalverhältnisse, fällige Verurteilung des Wirtschaftslebens. Dagegen Häufung des Scheiter- und Zuckertums, der Spekulation und daneben der Hörsen der Inflation, welche die Bankkredite zur Anbahnung immer größerer Mengen Schwerte benutzten und sich an den Schuldloshen ihrer Arbeitssklaven unermesslich bereicherten. Der Verfall der österreichischen Krone und des Sowjetrubels war an unseren Wirtschaftlern und Bankiers ohne Lehre vorübergegangen. Erst als der Dollar immer tollere Sprünge machte, die 50 000-Grenze überschritten war, gab Senator Volkmann zu erkennen, daß es an der Zeit wäre, die Frage der eigenen Währung ernstlich zu prüfen. Aber auch dann noch wurde die Regelung der Befahrungskosten und der Entschädigung für die übernommenen Staats- und Reichsgüter als unbedingte Voraussetzung bezeichnet und ein ausländischer Staatskredit für unerlässlich erachtet. Nach vor wenigen Monaten vertrat die Regierung diesen Standpunkt, und die Redner der bürgerlichen Parteien sekundierten. Man vergleiche die Rede Jemelowskis im Rathhausaal in Zoppot, die Rede Volkmanns und der Sprecher der bürgerlichen Parteien zum Etat 1923.

Von der Nichtigkeit seiner bisherigen Auffassung überzeugt, forderte der Verfasser dieses Artikels immer wieder die Schaffung einer eigenen Goldwährung durch Gründung einer Notenbank mit Hilfe des heimischen und ausländischen Privatkapitals, ohne Rücksicht auf die Frage der Befahrungskosten und ohne Rücksicht auf die Entschädigung, welche die Reparationskommission uns auferlegen wird für das von uns übernommene Reichs- und Staatsvermögen. Den „speziellen

Bruch mit Frankreich verschärft werde. Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

## Ausnahmezustand im Reich.

Wie wir bei Schluß der Redaktion erfahren, ist im Reich durch eine Verordnung des Reichspräsidenten der Ausnahmezustand erklärt worden. Die vorliegende Gewalt wurde dem Reichswehrminister Seeber übertragen. Durch Verfügung des Reichsjustizministers sollen außerordentliche Gerichte gebildet werden die auch die Todesstrafe bei Vergehen gegen die öffentliche Ordnung verhängen können. Die Verordnung ist bereits in Kraft getreten.

## Englands abwartende Haltung.

In einer Reutermeldung über eine gestrige Sitzung des englischen Kabinetts heißt es: Die Lage wird im Lichte der Aufgabe des passiven Widerstandes erörtert werden. Es scheint gegenwärtig nicht sehr klar bekannt zu sein, welche Schritte die französische Regierung unternehmen wird, wenn einmal der passive Widerstand endgültig zu Ende ist. Es wird jedoch angenommen, daß die französische Regierung an ihrer Absicht festhalten wird, das Ruhrgebiet progressiv im Verhältnis zu den von Deutschland geleisteten Reparationszahlungen zu räumen, ferner daß die französische Besetzung einen unsichtbaren Charakter annehmen wird. Es besteht keinerlei Grund zu der Annahme, daß die französische Regierung ihre Reparationsforderungen in Höhe von 20 Milliarden in A-D-Bonds abändern oder ihr Bestehen auf Empfang in G-Bonds der Summe angeben wird. Zweifellos wird die französische Regierung fordern, daß die gesamte Reparationsfrage von neuem unter die Kontrolle der Reparationskommission gestellt wird, die eingehend Deutschlands Zahlungsfähigkeit untersuchen und die Summe sowie den Zeitpunkt der Bezahlung festsetzen wird.

Währungsabkommen“ vom Völkerbund, welchen Volkmann forderte, lehnte er ab, weil dieser nicht notwendig war und weil dadurch die Möglichkeit einer Einmischung einer anderen Macht in die Danziger Währungsfrage heraufbeschworen würde.

Volkmann machte endlich im Juli d. J. seine Denkschrift über die Währungsreform für Danzig an den Völkerbund, welche der deutsch-afrikanischen Rupien-Devaluation 1904 nachgebildet ist, die wiederum in dem System Studan für die Rupee-Devaluation 1898/99 und in dem „Scott system 1798“ ihre Vorbilder findet. Die wesentlichen Merkmale dieses Systems bestehen in der sofortigen Stabilisierung der Währung mittels eines elastischen Gold-Devise-Systems und eines speziellen Währungscredits (Goldwährung ohne Goldumlauf). Der Finanzlenker ist mehrere Male nach Genf gefahren; den Kredit hat er vom Völkerbund nicht erhalten, aber einen anderen Stat haben die Finanzautoritäten des Völkerbundes ihm erteilt: Danzig möge unverzüglich ohne Rücksicht auf die Reparationskommission die Währungsreform aus eigener Kraft durchzuführen. Drei Jahre brauchte der Senat, um jetzt in Genf befehrt zu werden, daß wir uns in Danzig selbst helfen sollen.

Was hat nun aber das Verhalten des Senats für Folgen gezeitigt? Was wir voraussehen und was wir vermeiden wollten, ist eingetroffen. Der Wunsch des Danziger Senats nach einer Währungsreform hat Polen Veranlassung gegeben, sich in die Danziger Währungsreform hineinzumischen, mit dem Erfolge, daß in diesen Tagen ein Währungsabkommen mit Polen in Genf abgeschlossen worden ist, welches das souveräne Recht Danzigs, seine Währung zu bestimmen, antastet. Das Abkommen legt die Geschickung der Freien Stadt bezüglich des Münzwesens und der Notenbank fest, ohne daß derartige Gesetze dem Volkstage vorgelegt bzw. von ihm verabschiedet worden sind. (Artikel 2 und 3 des Abkommens.) Es greift dem noch nicht genehmigten Statut der neuen Notenbank vor. (Artikel 5 des Abkommens.) Es legt schon jetzt Bestimmungen fest, die eine Vereinfachung der Münzsysteme Danzigs und Polens zum Ziele haben (Artikel 6 des Abkommens), obgleich weder im Versailler Vertrage noch in der Konvention vom 2. November 1920 von einer Verpflichtung zu einer Vereinheitlichung der beiden Münzsysteme die Rede ist, sondern nur von der Pflicht zu Verhandlungen über diese Frage, wenn die eine oder andere Partei es wünschen sollte. Artikel 7 des Abkommens räumt dem diplomatischen Vertreter Polens in Danzig das Recht ein, jede Information über das Noteninstitut von dem Senat zu verlangen, obgleich noch gar nicht feststeht, welche Rechte das Bankgesetz dem Senat der Notenbank gegenüber begründet. Artikel 10 läßt sich von Polen Wohlwollen bei der Durchführung der Währungsreform versprechen, obgleich irgend in den bestehenden Verträgen für die Republik Polen ein Recht zum Mitbestimmen in Danziger Währungsangelegenheiten nicht besteht.

Wie kommt Herr Senator Volkmann zum Abschluß dieses Abkommens? Der Volkstag hat ihn dazu nicht autorisiert, ohne seine Zustimmung können Staatsverträge nicht geschlossen werden! Wo ist der Vorbehalt, der die Gültigkeit des Vertrages von der Ratifizierung durch den Volkstag abhängig macht?

Danzigs souveräne Rechte dürfen nicht um einen Cent ohne zwingenden Grund geschmälert werden! Der Senat hat unsere Warnungen nicht gehört, er hat unverantwortlich gehandelt! Der Vertrag ist ein Standstill! Der Volkstag muß sofort prüfen, ob die Verantwortlichen für dieses Abkommen länger Senatoren bleiben dürfen!

Währungsreform







# Danziger Nachrichten.

## Die Verstaatlichung der Schichau-Kraftwerke.

Der Ausbau der Radanewasserkraftwerke.

Gestern nahm der Volksrat zu dem Projekt des Großkraftwerks bei Billa Stellung. Es kann vorweg bemerkt werden, daß der Plan bei allen Parteien des Hauses, mit Ausnahme der Deutschnationalen, günstige Aufnahme fand. Deutschnationale waren es auch, die fernerzeit der Verabschiedung des Elektrizitätswirtschaftsgesetzes große Schwierigkeiten machten. Schon damals fanden die Interessen des Werkstoffbesizers Carlson in den Deutschnationalen warme Verteidiger. Das ist auch heute noch der Fall.

Senator Runge, der die Aussprache eröffnete, betonte, daß die Frage des Ausbaues der Radanewasserkraftwerke für den Senat im wesentlichen eine finanzielle Frage gewesen sei. Diese Schwierigkeiten seien jetzt durch Aufnahme einer Anleihe behoben, so daß jetzt an die Verwirklichung des Projekts herangegangen werden könne. Das Haus möge der Vorlage zustimmen, denn der Ausbau der Radanewasserkraftwerke bedeute ein Stück Kulturarbeit. Einer großen Zahl Arbeitslosen werde Beschäftigung gegeben. Circa 25 000 bis 30 000 Tonnen Kohlen würden jährlich gespart. Die Vorarbeiten seien bereits geleistet. Gerade die augenblicklichen schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse müßten ein Ansporn sein, recht bald an die Verwirklichung des Projekts heranzugehen.

Abg. Gen. Brill begrüßte es, daß nun endlich die Wasserkraft der Radanewasserkraftwerke für die Allgemeinheit nutzbar gemacht werden sollen. Der Plan sei nicht neu; Kommunalverbände und auch das Privatkapital hätten sich bereits damit beschäftigt. Es sei jetzt notwendig, zu einem Entschluß zu kommen. Am 8. September habe die Elektrizitätswirtschaftsstelle die Ausführung des Plans beschlossen. Selbstverständlich verfuhr der Inhaber der Schichau-Werke, Carlson, das Projekt zu hinterziehen. Wenn hierher davon rede, daß hier Macht vor Recht gehe, so habe Carlson am allermeisten das Recht, sich zu beschweren, denn er habe diesen Grundbesitz stets zu eigen gemacht. Auch der Kreis Danziger Höhe habe kein Recht zu Einwendungen, denn in früheren Jahren habe er es abgelehnt, den Bau des Werkes bei Billa vorzunehmen. Am 30. September 1912 sei die Papierfabrik in Billa abgekauft. Als der Leiter der Heberlandzentrale Straßin-Prangshin den Vorschlag gemacht habe, das Grundstück zwecks besserer Ausnutzung der Radanewasserkraft, habe der damalige Landrat Bensch davon abgeraten mit der Begründung, daß Kreisrat und Kreisratshaus dafür kein Verbandsrecht hätten. Seitens der Papierfabrik wurde später dem Kreise ein notarieller Verkaufsvertrag gemacht und auch vom Kreise eine viergliedrige Kommission gewählt. Dann habe Bensch, und von Unger Übernahme die Landratsgeschäfte. Dieser war Gegner des Projekts, u. a. befürchtete er, daß der Kreis nicht genügend Abnehmer für den erzeugten Strom haben würde. Am 12. Januar 1916 habe der Kreisratshaus beschlossen, von dem Ankauf des Grundstücks Abstand zu nehmen und die Angelegenheit als erledigt zu betrachten. Auch der Vorschlag, ein gemeinwirtschaftliches Unternehmen zu bilden, an dem der Kreis sich mit 500 000 Mark beteiligen sollte, wurde abgelehnt. Der Kreis Danziger Höhe habe sich stets passiv in diesen Fragen verhalten und deshalb kein Recht, Einwendungen gegen das große geplante Unternehmen zu erheben. Danzig habe ebenfalls nicht die notwendige Energie zur Verwirklichung des Projekts gezeigt. In der Stadtverordnetenversammlung habe der deutschnationale Stadtverordnete Brunzen dabei eine eigenartige Rolle gespielt. Anfangs ein Anhänger des Projekts, habe er es doch schließlich zu Fall gebracht. Der Bauunternehmer Feyn habe dann das Gelände für 425 000 Mark als Strohmann der Firma Schichau gekauft. Carlson habe damit rechnen müssen, daß hier die preussischen Wasserwerke in Anwendung kommen und die Genehmigung zur Ausführung des Projekts verweigert werden würde. Es seien bisher auch von Schichau lediglich drei kleine Werke gebaut worden.

Redner betonte, daß es Pflicht des Staates sei, die Wasserkraft auszunutzen, diese dürften nicht den Interessen einer Einzelperson ausbeutet werden. Mit dem Bau des Werkes müsse sofort begonnen werden, damit auch während des Winters daran gearbeitet werden könne. Beginne man später, müsse die Arbeit im Winter ruhen, was im Interesse vieler Arbeitsloser verhindert werden müsse. Die sozialdemokratische Fraktion werde für die Verwirklichung des Projektes eintreten, fordere aber, daß in Anbetracht des rigorosen Vorgehens der Firma Schichau ihre Anlagen ohne Entschädigung enteignet werden.

### Gegner des Gemeinwohls.

Die Deutschnationalen befanden sich durch ihren Abgeordneten Böder erneut ihre alte Gegnerschaft gegen die öffentliche Verwirklichung der Elektrizität. „Schlichte“ Redner hätten damals die Deutschnationale Fraktion zur Ablehnung des Elektrizitätsgesetzes veranlaßt. Es sei auch heute nichts erreicht worden. (Lärm: Weil stets von deutschnationaler Seite Sabotage getrieben wurde!) Derartige Projekte solle man besser der Privatindustrie überlassen. Zur Ausführung solcher Unternehmen sei der Staat finanziell zu schwach. (Lärm: Das Werk wäre längst schuldenfrei!) Wegen einer eventuellen Hebergrube der höchsten Werke an die Privatindustrie hätte Redner keine Bedenken. In anderen Städten habe man damit sehr gute Erfahrungen gemacht. Dann bewies der Abg. Böder, daß er von den Vorlesungen in der Danziger Stadtverordnetenversammlung nicht mehr weiß, wie ein Kopf von der 2. Empfindung. Denn die unter Mitwirkung der deutschnationalen Stadtverordneten beschlossene Art der Gaspreisberechnung wurde von ihm scharf kritisiert. Eigenartig war es, daß sich Böder dabei stets an die Anke wandte, wobei diese lachend darauf hinwies, daß die Deutschnationale Stadtverordnetenfraktion daran die Hauptrolle trägt. Redner kündigte zur Erklärung an, daß seine Fraktion im Ausschuss noch eingehend an dem Radanewasserkraftwerk Stellung nehmen werde.

Für die Zentrumsfraktion gab der Abg. Neubauer eine Erklärung ab, in der der Senat ersucht wurde, die Arbeiten mit aller Kraft zu fördern. Es sei zu beklagen, daß es gelungen sei, die entgegenstehenden Schwierigkeiten zu beseitigen. Die Aussprache war damit beendet. Der Antrag wurde dem Hauptausschuss zur Weiterberatung überwiesen.

## Der Milchpreis-Multiplikator

Es durch die gestern veröffentlichte, in diesem Punkte sehr unklar gehaltene Bekanntmachung des Senats ebenfalls neu geregelt worden. Bisher wurde er stets bis auf weiteres nach dem Durchschnitt der Marktwertung festgesetzt. Jetzt gilt stets der tägliche Entwertungsmultiplikator nach dem amtlichen Dollarkurs des Vortages. Infolge dieser in der Bekanntmachung des Senats nicht einwandfrei zum Ausdruck kommenden Regelung ist der heutige Milchpreis in unserer Wirtschaftskategorie in einem Teil unserer geographischen Auflage um etwa 1,2 Millionen zu hoch angegeben worden. Auch in Milchpreiskreisen ist die Ausrechnung des Milchpreises heute verunsichert zu hoch erfolgt, so daß die

Milchkaufers Anspruch auf Zurückzahlung der etwa zuviel erhobenen Beträge haben. Im übrigen bleibt das von uns gestern Gesagte über die unverständliche Erhöhung des Milch-Grundpreises von dieser Regelung unberührt. Diese neue Preissteigerung auf beinahe Friedenshöhe für das wichtigste Ernährungsmittel unseres Nachwuchses ist durchaus unberechtigt und bleibt ein Skandal. Man kann sich diese Erhöhung nicht anders erklären, als daß der Senat auf diese Art und Weise der Landwirtschaft wieder das zuzuwenden will, was sie durch die sogenannte Notabgabe zur Verbesserung der Staatsfinanzen anbringen soll. Auf diese Art und Weise werden auch diesmal wieder die Opfer den Konsumenten auferlegt und die Landwirtschaft weiterhin in bekannter Weise geschont.

## Arbeits-Wiederaufnahme im Hafen.

Die streikenden Hafenarbeiter hielten gestern noch einmal Versammlungen in Neufahrwasser und Schidlich ab in denen nochmals darüber abgestimmt wurde, ob die Arbeit im Hafen wieder aufgenommen werden soll. Die Arbeitgeber hatten sich auf den Standpunkt gestellt, daß es sich um einen wilden Streik handele und lehnten sie alle Verhandlungen ab, ehe nicht die Arbeit wieder aufgenommen würde. Inzwischen waren einzelne Arbeitergruppen auch bereits dazu übergegangen. Das Ergebnis der Abstimmung, an der sich 1938 Hafenarbeiter beteiligten, war, daß 760 Stimmen für die Fortsetzung des Streiks, 546 für Wiederaufnahme der Arbeit abgegeben waren. 30 Stimmen waren ungültig. Da die Dreiviertelmehrheit für Fortsetzung des Streiks nicht erreicht war, galt der Streik als aufgehoben. Die Arbeit ist bereits heute früh im ganzen Hafen wieder aufgenommen. Die Lohnverhandlungen mit den Arbeitgebern sind ebenfalls aufgenommen.

## Die ungeheuerlichen Vorortfahrpreise.

Die in vielen Fällen fast den gesamten Arbeitsverdienst der Arbeiter in Anspruch nehmenden, hatten die Sozialdemokratische Volksfraktion veranlaßt, einen Antrag einzubringen, in dem der Senat aufgefordert wird, sofort mit der polnischen Staatsbahndirektion zwecks Ermäßigung der Vororttarife zu verhandeln. Die gleiche Angelegenheit behandelte auch eine etwas später eingebrachte Große Anfrage der Deutschnationalen. Ueber beide Vorlagen wurde gestern gemeinsam abgesehen. Abg. Gen. Gerick wies bei der Begründung des Antrages darauf hin, daß die jetzt geforderten Fahrpreise im Vorortverkehr in gar keinem Verhältnis zu dem Verdienst der Arbeiter stehen. Es lohne gar nicht mehr, von einem Vorort nach Danzig zur Arbeit zu fahren, weil die Wochenkarte den größten Teil des Wochenlohns verschlinge. Weiter mißbilligte Redner die Zusammenlegung der 3. und 4. Wagenklasse, zumal die Einheitsfahrpreise nicht etwa dem Preise für die 4. Wagenklasse, sondern dem der 3. Klasse entspricht worden sind. In der Vorortzeit habe eine Wochenkarte den fahrenden Betrag einer Einzelfahrt gekostet, jetzt werde das 10fache verlangt. Dabei müsse berücksichtigt werden, daß die Arbeiter, auch die Eisenbahnarbeiter, nur den halben Holzlohn erhalten. Im Frieden habe man für die Wochenkarte 1 1/2 Stunden Arbeitsverdienst ansetzen müssen, jetzt 12 bis 18 Stunden. Ein großer Teil der Arbeiter könne die verlangte Summe nicht aufbringen und müsse deshalb täglich längere Fußmärsche machen, um zur Arbeitsstelle zu kommen. Merkwürdig seien die Fahrpreisanforderungen. Eine Fahrkarte Danzig-Marienburg im Billaer als eine Fahrkarte Danzig-Kalthof. Auch fahre man von Danzig nach Dirschau billiger, als von Danzig nach Nowot. Weiter rief Redner den unbilligen Aufschlag der Reisenden bei der Polkontrolle in Simonsdorf.

Der deutschnationale Redner Dr. Wendt schloß sich im wesentlichen den Ausführungen anderer Genossen an. Es sei nicht zu verstehen, daß die Fahrt Danzig-Ditwa 8 700 000 Mark kostet, während für die viel weitere Strecke Danzig-Karlsruhe nur 7 200 000 Mark bezahlt werden müßten. Polen sei die Eisenbahn übergeben worden, mit Rücksicht darauf, daß der Freiheit die Kosten nicht tragen könne; jetzt dürfe Polen den Vorortverkehr nicht dazu gebrauchen, um Geschäfte zu machen. Im Schlußwort rief Redner gegen die polnischen Anschriften in den Vorortwagen.

Senator Runge antwortete, daß der Danziger Vertreter bei der Eisenbahndirektion stets bekräftigt sei, die Interessen Danzigs zu wahren. Auf die Zurückhaltung habe der Senat leider keinen Einfluß. Es müsse berücksichtigt werden, daß Danzig niemals einen Vororttarif besitzen habe, sondern daß die Fahrpreise stets nach den Fronttarifen berechnet worden seien. Der gewaltige Unterschied in den Fahrpreisen hat seine Ursache darin, daß in Danzig drei Tarife (der deutsche, der polnische und der Vororttarif) Geltung hätten, die nicht immer gleichzeitig abgeändert würden. Der Senat habe bei der Eisenbahndirektion wiederholt auf die Klagen der Danziger hingewiesen und es sei zu hoffen, daß die Tarife vielleicht doch noch zugunsten der Danziger Bevölkerung abgeändert werden können. Der Widerspruch werde aber nur dann Erfolg haben, wenn nachgewiesen werden könne, daß die Einnahmen die Selbstkosten weit übersteigen. Die Zusammenlegung der beiden Wagenklassen sei nach Mitteilung der Eisenbahndirektion verschwiegen worden. Die polnischen Anschriften in den Eisenbahnwagen würden bald verschwinden.

Der polnische Abg. v. Budzinski erklärte sich mit dem sozialdemokratischen Antrage einverstanden, wies aber darauf hin, daß die Straßenbahnfahrpreise noch erheblich höhere sind, als die Eisenbahnfahrpreise. Für die hohen Straßenbahnfahrpreise sei aber noch die Deutschnationale Stadtverordnetenfraktion mitverantwortlich. Redner empfahl, in Danzig die polnische Zeit einzuführen. Der Abg. Sturm (Dt. St.) wies auf die Steigerung der Arbeitslosigkeit durch die hohen Fahrpreise hin. In Joppat habe sich mit dem Inkrafttreten der hohen Eisenbahntarife die Zahl der Arbeitslosen um 20 erhöht. Abg. Daxler (Dmal.) wandte sich gegen die Aufhebung der 4. Wagenklasse und gab der Meinung Ausdruck, daß der Senat die hohen Vororttarife mit Rücksicht auf die Straßenbahn begünstige. In der weiteren Debatte verlangte Abg. Gen. Gerick, daß der Senat unverzüglich Schritte unternehme, um die Vororttarife erträglich zu gestalten. Der polnischen Eisenbahnerverwaltung gab Redner den Rat, dem Empfinden der Danziger Bevölkerung Rechnung zu tragen und die polnischen Anschriften in den Eisenbahnwagen zu beseitigen. Der sozialdemokratische Antrag wurde zum Schluß der Debatte einstimmig angenommen.

**Polizeibericht vom 27. September 1923.** Festgenommen 19 Personen, darunter 3 wegen Diebstahls, 2 wegen Körperverletzung, 1 wegen Betrugs, 9 in Polizeigast, 4 wegen Trunkenheit.

## Eine Besteuerung der Fahrzeuge

fordert der Senat in einer Gesetzesvorlage an den Volksrat. Die Steuer soll für Fahrzeuge aller Art erhoben werden und zur Unterhaltung der öffentlichen Straßen und Wege dienen. Die Erhebung der Steuer soll durch die Stadt- und Landkreise erfolgen; sie soll betragen für fahrbare Maschinen 50 Goldmark, Last- und Wirtschaftswagen 15 Goldmark, reine Personenwagen 10 Goldmark. Von der Steuer befreit sollen sein: Schienenfahrzeuge, Luft- und Wasserfahrzeuge, Schlitten, Personalfahrer, Handfahrzeuge, Andersspielfahrzeuge, Krankenwagen und Selbstfahrer, Reigenwagen, Feuerlösch-, Rettungs- und Unfallfahrzeuge, Fahrzeuge, die bestimmungsgemäß Wege nicht befahren, wie fahrbare Maschinen, Ackerzugmaschinen, sofern sie nur im eigenen Betriebe des Besitzers verwendet werden, im öffentlichen Eigentum stehende, der Wegeunterhaltung dienende Fahrzeuge. Auch die Kraftfahrzeuge sollen nicht unter die Steuer fallen, du diese bereits durch ein früheres Gesetz besteuert werden. Jedoch sollen die bisherigen Steuerätze für Kraftfahrzeuge erhöht werden. Auch der Ertrag dieser Steuer soll zukünftig für die Erhaltung der Straßen verwendet werden. Das Aufkommen dieser Steuer wird unter den Wegebaupflichtigen (Staat, Kreise, Gemeinden) aufgeteilt. Das Gesetz soll bereits am 1. Oktober in Kraft treten, damit bereits mit Beginn des neuen Jahres Mittel zum Wegebau zur Verfügung stehen.

In der Begründung der Vorlage heißt es: Infolge der durch die Kriegs- und Nachkriegsverhältnisse bedingten wirtschaftlichen Lage war es nicht möglich, die öffentlichen Straßen und Wege des Staates und der Stadt- und Landkreise ordnungsmäßig zu unterhalten. Die Straßen und Wege gehen infolgedessen zum Teil in kurzer Zeit dem vollkommenen Verfall entgegen, ein Zustand, der unhaltbar geworden ist und dringend der Abhilfe bedarf. In der Vorkriegszeit sind im letzten Jahre rund 500 000 Goldmark von den Wegeunterhaltungspflichtigen für die Unterhaltung der befestigten Wege und Straßen aufgewendet worden. Infolge der Vertenerung des gesamten Marktes und des eingetretenen Verfalls der Straßen und Wege wird in den nächsten 5-10 Jahren etwa das 2-3fache, mindestens ein Betrag von rund 1 300 000 Goldmark jährlich, aufgewendet werden müssen, um das bestehende Straßennetz notdürftig zu erhalten. Die Gemeinden können Mittel in solcher Höhe hierfür nicht aufbringen; auch von der freien Stadt können für diese Zwecke aus laufenden Mitteln nicht die erforderlichen Beträge zur Verfügung gestellt werden. Infolgedessen liegt es nahe, die Kosten der Wegeunterhaltung oder wenigstens einen Teil durch eine Steuer auf die Fahrzeuge, durch welche sie verursacht werden, abzuwälzen.

## Die Währungsregelung in Oesterreich.

Der Generaldirektor der Oesterreichischen Nationalbank Dr. Viktor Braunfels stellt folgende Voraussetzungen für eine Währungsregelung in Oesterreich auf. Eine sehr wichtige Voraussetzung dafür sei die Gesundung der Staatsfinanzen und die Wiederherstellung des Staatskredits. Von einer Gesundung der Staatsfinanzen werde erst gesprochen werden können, wenn Oesterreich in der Lage sei, auf seines eigenen Kredites ohne fremde Garantien die Mittel zur Deckung außerordentlicher Ausgaben oder vorübergehender Abgänge aufzubringen. Wenn das frasse Verhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben im Oesterreichischen Budget beseitigt werden kann, dann werde jene Atmosphäre des Vertrauens erzeugt werden, welche es der Finanzverwaltung allein ermöglichen kann, aus eigener Kraft jenen Kredit im Inlande oder Auslande zu finden. Es lasse sich heute noch nicht bestimmen, in welcher Zeit das Ziel erreicht sein wird. Eine weitere wichtige Voraussetzung für die Währungsregelung sei die Frage der Bedeckung der Währung. Bei Beginn der Tätigkeit der Oesterreichischen Nationalbank war die damalige Banknoten-zirkulation mit rund 37 Prozent bedeckt. Gegenwärtig beträgt die Deckung ungefähr 43,5 Prozent. Die Oesterreichische Handelsbilanz wies im Jahre 1922 jedoch noch ein Defizit von 540 Millionen Goldkronen auf. Die Differenz wies zwar im ersten Halbjahr 1923 eine gewisse nicht wesentliche Besserung auf, doch müßte der Barfuß des Notenumlaufs, um bauernd dem Auswurf beugehen zu können, der sich aus einem so großen Importüberschusse ergeben muß, ziemlich groß sein. Braunfels steht auf dem Standpunkte, daß trotz der günstigen Entwicklung der Staatsfinanzen und trotz der kräftigen Position des Notenumlaufs der Moment noch nicht gekommen sei, um mit Sicherheit an eine Währungsregelung schreiben zu können. Die Absicht der Regierung, Münzen auszugeben und auszugeben, steht mit der künftigen Währungsregelung zunächst in keinem Zusammenhang. Selbst dann nicht, wenn man daran denken sollte, für eine Münze im Werte von mehreren hundert oder mehreren tausend Papierkronen einen neuen Namen zu schaffen. Die währungspolitische Bedeutung einer Ausgabe von Münzen liegt hauptsächlich darin, daß durch den Gebrauch von Münzen im Verkehr die Achtung vor dem Gelde erfahrungsgemäß gehoben werde.

## Devisenkurse

(Geldnotiz um 12 Uhr mittags.)  
1 Dollar 148 000 000 Mk.,  
Polen-Mk. 470, 1 engl. Pf. 682 000 000 Mk.  
Tendenz fallend.

**Wasserstandsrichtlinien am 27. September 1923**

Jowitzhof	25.9	26.9	Montebra	+ 0,40	+ 0,41
Wartau	+ 0,71	+ 0,70	Munzlerhöhe	- 0,13	- 0,13
	25.9	26.9	Diesel	- 0,23	- 0,23
	+ 0,78	+ 0,78	Dirschau	- 0,20	- 0,19
	25.9	26.9	Einlage	+ 2,28	+ 2,26
	+ 0,43	+ 0,40	Schleidenhof	+ 2,52	+ 2,54
	26.9	27.9	Regau		
Thoru	+ 0,16	+ 0,09	Schönan O. P.	+ 6,20	
Jordon	- 0,01	0,00	Malzenberg O. P.	+ 4,34	
Gulm	- 0,04	0,05	Wasserhörnberg	+ 2,13	
Grundens	+ 0,04	+ 0,02	Arnau		



# Klavierabend Carl Friedberg.

Schützenhausaal.

Der Meister des Klaviers, Prof. Carl Friedberg, ist in Danzig immer ein gern gesehener und hochgeschätzter Gast. Seine Soli der „Philharmonischen Gesellschaft“ (auf deren erstes Konzert im Oktober das musikalische Danzig sehr glücklich wartete), hat es diesmal der in Dingen der Kunst in Danzig hochverdient und idealistische Kunst- und Kunstliebhaber Friedrich Dändler, dem wir schon manchen wesentlichen Kunstabend im verflochtenen Winter danken, gemäß den großen Plänen hierher zu holen. Denn es ist heute tatsächlich ein Ereignis, dergleichen in Danzig zu unternehmen, und es verdient darum wiederholt zu werden, was ich hier längst schon sagte: alle Danziger Kunstfreunde müssen sich hinter seinen Namen stellen, die nicht nur mit finanziellem Einfluß sich bemühen, das Danziger Musikleben vor dem Tode der Entfristung zu bewahren.

Friedberg, der veripäet eintrat, hatte eine Programmänderung vorgenommen: Er spielte nicht, wie angekündigt, lediglich Chopin, sondern zuerst auch Beethoven, Schubert und Schumann und erst im zweiten Teile Chopin. Er begann mit Beethovens Sonate in D-Dur 10, im ersten Satz noch etwas kühl, fast mahnend, doch dann war er, wie gewöhnlich, ganz er selbst: der große köstliche Spieler und Gestalter, der männliche Beethovenvieler, dem sein Virtuositentum nie hinderlich werden wird und dessen reines musikalisches, sich selbst in akademischen Reflexionen abmahnendes Spiel in so hohem Maße fesselt. Wie herrlich ist bei diesem manierierten, unweiblichen Spieler Schubert aufgetaucht, wie überlegen und verständnisvoll deutet er die Romanik eines Schumann!

Und diese männlich bewusste Art läßt Friedberg auch besonders gern erscheinen, und Norddeutschen Chopin zu spielen. Er spielte da u. a. ein Impromptu, Nr. 3 G-Dur, Opus 31, still verstanden; ein unergleichlicher Klavierspiel! Die Schönheit der gebogenen Rautenförmigen, die Violinbewegung in beiden Händen nicht er nicht etwa wie Jabara, der das Stück hier vor zwei Jahren spielte, um Gächlichkeit und Tränenstrom zu geben, sondern um das Ganze als Gedicht wirken zu lassen: nichts als Köhn. Dann aber packt er wieder die F-Dur-Pollade mit grandioser Macht und Lebendigkeit oder er legt all die ausdauernden Reichthümer an Melodie und Harmonik eines Balzers wie des unvergleichlichen in As-Dur, als ein Impromptu hin, und seine langhalsigen Feinheiten charakterisiert er mit aller Mittel einer höchst entwickelten Musikalität und mechanischen Präzision. Freilich gehen die Auffassungen, ob man Chopin nun so oder anders spielen müsse, auseinander. Ohne Zweifel ist Friedberg jenen, die bei Chopin eine Doktrinalität nötig haben und hier nur Klangzauber wollen und alles objektivierende Spiel verbannen zugunsten des mehr Improvisatorischen, nicht der Chopin-Spieler nach ihrem Herzen. Aber vielleicht vermittelt uns Friedrich Dändler einmal einen dieser Sorte, vielleicht Janus Friedmann. Nieher oder noch einen ganz anderen: Franz Pertram oder den ihm einzig dastehenden Ed. Erdmann, dessen moderne Kompositionen-Abende Estradade hinterlassen, die man nie vergißt.

Der Besuch des Konzertes hätte getrost noch besser sein können, doch ist es menschenlich der Saal leidlich erfüllt. Friedberg fand wieder harten Deßall. S. D.

## Forderungen der Seeleute.

Der Aktionsausschuß seemannlicher Berufsvereine hat dem Zentralverein deutscher Meeres folgende Forderungen unterbreitet:

1. Befreiung der Decker- und sonstigen Bezüge aller Seemannsvereine in Deutschland.
2. Zur Bereinigung der Bezüge wird öffentlich ein Realisationsverfahren nach Maßgabe der am 1. Januar 1900 erlassenen Reichsversicherungsordnung, der unter Berücksichtigung der Verbrauchsänderung zu verbessern ist.
3. Die Auszahlung der Versicherungsbeiträge und der im Falle der Invalidität oder Todesfall zu leistenden Leistungen auf die Bezugsberechtigten der Bezugsberechtigten zu übertragen.
4. Alle Zahlungen auf die Bezugsberechtigten zu leisten, auf Wunsch ebenso an die außerhalb des Reichs wohnenden Bezugsberechtigten.

## Aus dem Ofen.

Spanische Raubüberfall auf eine Raiffeisenbank. Ein frecher Raubüberfall wurde gestern verübt. Der Raubüberfall der Firma Goldschmidt & Co. wurde von drei Räubern eines Geldscheins mit vierzig Millionen Mark Inhalt geraubt. Glücklicherweise gelang es, zweier der Räuber sofort inhaft zu machen und ihnen das Geld wieder abzurufen. Die Raubüberfall wurde von der Reichsbank eines Geldscheins von 40 Millionen abzurufen. Während ihr das Geld am Schalter vorgezählt wurde, konnten hinter ihr drei junge sehr gut gekleidete Leute. Diese folgten ihr beim Verlassen

der Reichsbank. Als die Frau den Tür des Hauses betrat, in dem sich die Geschäftsräume der Firma befinden, wurde sie von den drei Männern überfallen, einer hielt ihr den Mund zu, ein anderer entriß ihr die Tasche und alle drei ergriffen die Flucht. Durch die Hilferufe der Frau wurde ein Bureauangestellter eines anderen Geschäftshauses aufmerksam. Straßenpassanten und Schutzpolizisten nahmen sofort die Verfolgung der flüchtenden Räuber auf und es gelang ihnen, zwei festzunehmen. Bei ihnen wurde auch die geraubte Geldtasche mit dem gesamten Milliardeninhalt gefunden.

## Bereinigte Sozialdemokratische Partei Danzig.

Auf Beschluß des Parteiausschusses und des Landesvorstandes findet am Sonnabend, den 29., und Sonntag, den 30. September

### ein außerordentlicher Parteitag

statt. Der Parteitag wird am Sonnabend, den 29. September, abends 7 Uhr, im Werkzeithaus mit einer Eröffnungsfestung eingeleitet. U. a. ist ein Vortrag des früheren Reichsbankministers Gen. Hermann Müller über „Sozialdemokratie und Weltmarkt“ vorgesehen. Am Eröffnungabend haben die Mitglieder der Partei als Pflicht anzusehen und werden alle Genossinnen und Genossen zum vollständigen Besuch eingeladen.

Am Sonntag, den 30. September, morgens 10 Uhr, findet die Tagung des Parteitag im Flewerkzeithaus des Volkstages mit folgender Tagesordnung statt:

1. Die Bedeutung der Volkstagswahl. Red. Gen. Voß.
2. Aufklärung der Kandidatenliste für die Volkstagswahl. Red. Gen. Brill.
3. Beratung der Vorschläge.

Von jeder Ortsgruppe oder jedem Bezirksverein muß mindestens ein Delegierter erscheinen. Für die Delegierten der Landreise ist Reisegeld bezahlt. Die Delegierten, die am Sonnabend von außerhalb in Danzig einreisen, müssen sich im Bureau, im Spandhaus 6, zum Empfang der Delegierten und der Eintrittskarten zum Parteitag melden.

## An die Parteivorsitzungsmitglieder!

Auf Beschluß des Parteiausschusses berufen wir eine Sitzung desselben zu Sonntag, den 30. September, morgens 8 Uhr nach dem Volkstag ein.

Tagesordnung: Einkommensfrage zur Vorlage der Kandidatenauflösungskommission.

## An die Agitationsbezirksleiter!

Die Leiter der Agitationsbezirke werden ersucht, auch wenn sie nicht Delegierte sind, als Gäste an den Verhandlungen des Parteitag teilzunehmen. Im Hinblick auf den Parteitag findet eine Sonderprüfung aller Agitationsbezirksleiter statt.

Genossen, welche Delegierten Nachfolge geben können, werden gebeten, dies im Bureau zu melden.

Der Landesvorstand.

Raubüberfall. Neuer Wanzelraten-Erfolg. Auf dem Rittergut Gr. Köstlin verlegte plötzlich der alte Bräun, der eine Tüte von 200 Mark hatte, Langwierige Fingerringe an den Fingern der zu großen Tüte wegen zu freier Erlaubnis. Es wurde darauf eine von Wanzelratenforcher Salus-Labian angelegte 72 Meter tiefe Bohrung erbohrt mit dem Ergebnis, daß das Wasser 60 cm über Erdoberfläche steigt, und der Bräun 8 cm tiefer steht. Dieser Fall zeigt, daß auch in größeren Tiefen „Brenner“ und nicht, wie vielfach behauptet wird, „berühmte Granitkristalle“ vorhanden sind.

Agitat. Metallarbeiter-Streit. In dem Streit zwischen den Metallarbeitern der Bremer Waggonfabrik. Sie hatten Forderungen gestellt, die von der Direktion abgelehnt wurden. Die Direktion wollte nur eine Erhöhung der bestehenden Prämien bewilligen, was von der Arbeiterseite abgelehnt wurde.

Reinberg. Streit der häuslichen Arbeiter. Ein Streit der häuslichen Arbeiter und Angehörigen ist hier ausgebrochen, dem sich auch das Theaterpersonal angeschlossen hat. In sämtlichen drei Theatern wurden die Vorstellungen abgelehnt. Der Betrieb des Elektrizitätswerkes, der Besondere und des Wasserwerkes wurden mit Hilfe von Inspektoren und Militärpersonen aufrechterhalten.

## Aus aller Welt.

Wahnsinnsthat einer Mutter. Die Frau eines Landwirts in der Nähe von Kassel warf in einem Anfall von Wahnsinn ihr dreijähriges Töchterchen in die Sandgrube, in der das Kind erstickte. Dann spaltete sie mit einer Axt ihrem achtjährigen Sohn den Schädel. Darauf folgte sie ihren ältesten und jüngsten Kindern von der Schule ab, führte ihn auf den Boden und warf ihn in die Tiefe. Alle drei Kinder sind tot.

6000 Jentner Getreide durch Feuer vernichtet. In der Nacht ist die Dampfmühle Wilkowitz in Finkenwalde mit 6000 Jentner Getreide und Mehl niedergebrennt.

Ganner en gros. In einem Hotel am Zoo in Berlin wohnten seit Wochen der 35 alte „Großindustrielle“ Karol Kaufmann aus Pösty und sein gleichaltriger Geschäftsfreund Anatol Dschow aus Odessa. Sie lebten mit ihren Freundinnen in Sans und Drais, fuhren nur in Privatautos, besuchten die kostspieligsten Weindiehlen, Theaterlogen, feierten die prächtigsten Feste, gaben täglich und nachlässig überall phantastische Summen aus. Die beiden Großindustriellen waren im Berliner Westen als „Millionäre“ bekannt und vor allem in den Kreisen der Lebenswelt sehr geschätzt — bis sie auf einem Auktionsfest, das sie veranstaltet hatten, verhaftet wurden. Es stellte sich heraus, daß sie ihre „Millionen“ aus betrügerischen Geschäften gewonnen hatten, die sie mit Berliner Konfektionären abgeschlossen hatten. Sie hatten sich ihnen als die „Finanzdirektoren“ des früher sehr bekannten Textilhauses von Tschornikow in Galatz vorgestellt und ihnen daraufhin Provisionsgelder in Höhe vieler Millionen abgenommen verstanden.

Mit der Wäscheleine erwürgt. In Breslau fand man eine gewisse Frau Dr. Petrich ermordet und beraubt vor. Der Mordverdacht lenkt sich auf das Dienstmädchen, das aus Oberschlesien zu ihr kam und verschwinden ist. Frau Petrich hatte am Freitagabend ihre Kinder gebadet und dann wohl selbst ein Bad nehmen wollen. In diesem Augenblick erfolgte der Ueberfall, denn man fand sie, nur mit dem Hemd bekleidet, mit einer Wäscheleine erwürgt vor.

Der Maurer als Frauenarzt. Als solcher Arzt entlarvt und verhaftet wurde ein angeblicher Dr. med. Hermann Köhler, der seit zwei Jahren in Neu-Tempelhof eine ausgedehnte Praxis betrieb. Seine Räume waren hochdekorativ eingerichtet. Ungewöhnlich reichhaltig war seine ärztliche Einrichtung. Ein großer Glasschrank enthielt über 400 ärztliche Instrumente. Auf seinem Schreibtisch stand eine ganze Reihe präparierter Kinderköpfe. Er hatte außerdem ein präpariertes Kind, das er sich hauptsächlich mit verbotenen Eingriffen beschäftigte.

Der Liebhaber als Entschärfer. Nicht geringes Aufsehen erregt in Amerika ein Prose, in dem gegenwärtig vor dem New Yorker Gericht gegen den Komponisten und Präzidenten der amerikanischen Gesellschaft der Autoren, Georg Maxwell, verhandelt wird. Maxwell hat sich auf die Anklage zu verantworten, 135 anonyme Schmähbriefe geschrieben zu haben, die fast ausnahmslos an Damen der vornehmen Gesellschaft gerichtet waren. Seit mehreren Jahren schon verbreiteten diese Briefe in den betreffenden Kreisen Furcht und Schrecken, und die Anklage behauptet, daß Maxwell immer dann zu dem Mittel der anonymen Schmähbriefe griff, wenn es ihm darum ankam, seine intimen Beziehungen zu dieser oder jener Dame abzubauen. Die Briefe, die die pikantesten Enthüllungen enthielten, wurden den Verwandten der betreffenden Dame ins Haus geschickt, und um jeden Verdacht abzulenken, gebrauchte Maxwell die Vorsicht, gleichzeitig ähnliche Briefe an seine eigene Adresse zu richten. Durch die infame Korrespondenz wurde großes Unheil angerichtet, ja, es gab selbst ein Todesopfer, da ein Gatte beim Empfang eines Briefes in solche Erregung geriet, daß er vom Schlag getroffen wurde. Der Angeklagte, der 53 Jahre alt ist, leugnet hartnäckig, der Verfasser der Briefe zu sein.

## Veranstaltungs-Anzeiger

Anzeigen für den Veranstaltungskalender werden nur bis 9 Uhr Morgens in der Geschäftsstelle, im Spandhaus 6, gegen Vergütung entgegen genommen. Jellenpreis 8 Goldpfennig.

Pressekommision der SPD. Freitag, den 28. Sept., abends 8 1/2 Uhr, im Parteibureau, Spandhaus: Wichtige Besprechung. Schriftliche Einladung erfolgt nicht.

Jungsozialisten-Gruppe. Freitag, den 28. September: Vortrag der Arbeitsgemeinschaft. Sonntag, den 30. September: Fahrt nach dem Schäßberg.

Allgem. freier Angestelltenbund. Öffentliche Versammlung Freitag, den 28. Sept., abends 7 1/2 Uhr, im Reichen Saal des Reichshaus, Langgasse. Volkstagsabg. Hahn spricht über Danziger Währungsfragen und Industrie- und Gewerbe.

Gemeinschaft arbeitender Jugend. Freitag, den 28. Sept., abends 7 1/2 Uhr: Beginn der Vorträge in der Aula der Reichshausischen Mittelschule. Vortragsstuhl. Erster Vortrag: Volk und Geschichte. (10888)

# Die Tat des Dietrich Stobäus

Roman von Max Halbe.

Ich wiederholte es gerührt, mechanisch, und stand auf. Unwillkürlich bildete ich nach dem Versammler, das am Fenster hing.

„Tun! Das ist wie noch nie. Es gibt keine.“  
„Nun nicht beirrtigt und kein es hat verloren.“

„Ich habe es ja dem gnädigen Herrn gesagt. Nur mein lehrreiches Feteralst hat mich verlocken.“  
„Sonderbar eigen ist“ meinte ich und sah zum Fenster hinaus. Der Himmel ist wie mit Wolken ausgefüllt. Man sieht kein Wasser.“

„Ja klar“ erwiderte Hans, während er den Frühlingshauch durchatmete. „Es geht nicht um ein verbotenes Ding. Wenn der gnädige Herr nur einmal antworten will.“

„Ich kenne ein paar Augenblicke. In der Tat! Ich höre es ja. Ein Leben, wie irgendein Weib, das vor dem Fenster vorüberzieht, in dem hässlichen Wintermantel der Kindheit, rufte mich und eines Tages wird ich den Tod an der Hand habe, morgen! Ich wieder will.“

„Du hast recht!“ sagte ich zu Hans. „Es ist nicht ein wenig verbotenes. Das Weib kenne ich. Der Abend haben wir schon auf der. Das wird wieder mal ein Spiel.“

„Aber das ist nicht, das ist, wohl wegen des inneren Danks und Ungehorsams, eine besondere Art zu sein. Ich ist mir die Vergnügen des letzten Abends durch den Kopf gehen. Die neue Seiten des Stobäus war mit der Ober „Das Letzte“ von Hans erwidert worden. Hans hatte in der Diktatur des Carl Stobäus von einem nach der romantischen Seite des Stobäus in die Fingeringe verlegt. Als der Vorhang gefallen war, wurde er wohl ein Augenblick gerührt, während er, erwidert, mit Hans. Hans, Hans, Hans über Hans, und es war klar. Das ist nicht es in der allgemeinen Form.“

„Hans, Hans, Hans in einem Augenblick mit einem kleinen. Hans, Hans, Hans in einem Augenblick mit einem kleinen. Hans, Hans, Hans in einem Augenblick mit einem kleinen.“

„Hans, Hans, Hans in einem Augenblick mit einem kleinen. Hans, Hans, Hans in einem Augenblick mit einem kleinen.“

„Hans, Hans, Hans in einem Augenblick mit einem kleinen. Hans, Hans, Hans in einem Augenblick mit einem kleinen.“

Ich sah in einer jenen sinnlosen Wit auf und schlenberte das lange ellenbeinige Papiermesser, das gerade vor mir auf dem geöffneten Schreibtisch lag, nach der Gegenwand hin, woher ich die Stimme von Hans gehört hatte. Aber ich kam zu spät. Die Tür hatte sich bereits geräuschlos hinter ihm geschlossen. Das Messer flog mit einem Knall gegen die eichene Türfüllung und prallte in weitem Bogen zur Seite.

Ich schämte mich und mußte in einem Atem beinahe lachen. Wie er die Vorsicht mit der Lappetier glücklicherweise und sich noch rechtzeitig zur Tür hinausgedrückt hatte, der alte Spitzhute mit dem schweißigen Fuchsgesicht. . . . Aber schließlich meinte er es ja in seiner Art gut. Das entschuldigte ihn. Und vor allem: Hatte er nicht recht? Ein Ende machen! Hatte ich mir das nicht tausendmal selbst gedredet, es mir gerade während der letzten Wochen immer wieder und wieder bis zur Ermüdung, bis zum Ueberdruß, ja bis zur Verzweiflung eingeschärft, wie jemand, der sich selbst einen Nagel ins Gehirn treibt, ihn hineinstampfen, tiefer und tiefer, bis die Wurzel des Lebens durchbohrt ist? Die hatte der innere Grimm, die stillschweigend heruntergeschaltete Wit über Karlos' liebliches Schweigen nach unierem vorhergehenden Blick gleich einer Krankheit an mir getroffen und mich aus meiner Rotfärbung von neuem in mich selbst hineinschreiben lassen: Ein Ende! Was ein Ende!

Aber auf welche Weise ein Ende machen? War nicht alles untauglich, was ich dazu unternommen hatte? Gab es noch ein Mittel, das unverletzt geblieben war? Meine Erinnerung irrte durch alle Phasen unserer Geschichte zurück zum ersten Tag und von da wiederum vorwärts bis heute, wie ein in seinem Schicksal verlorener und reißender Abgesandter, der alle seine Säfte, Nerven, Nahrung, Kraft verstreut und nirgendwo einen Ausweg, einen Durchbruch sieht. Nein, es gab kein Mittel der Trennung, weder für mich noch, wenn selbst ich das Unmöglichste möglich gemacht hätte, für sie. Immer wieder wäre sie zu mir zurückgekehrt, sowie ich an ihr, hätte mich überall zu finden erlaubt, wie ich mich aus vor diesem Wahnsinn verdrängen hätte, wäre immer wieder von mir gegangen, um dem ersten Schimmer einer Heilung für mich wieder da zu sein, und hätte so das gebrannte Feuer in mir bis ans letzte Ende angehaften und weitergehaften.

„Ich habe mich mit einem großen Schrecken im Zimmer zu mir her, während Hans mit nachfolgendem Prof. Müller den Tisch übernahm und ich auf meinen Tisch kam.“

„Aber an der Tür stand er, Tabak und Geisir in der Hand, wie von einer plötzlichen inneren Stimme festgehalten, bis er mich sah, nachdem er sich in seiner linken Hand ein Zigarettenpaket hatte.“

„Der gnädige Herr haben mich erwartet! . . . Was hat er denn, wenn das Theater wieder anfängt. Es scheint alles kein Leben zu sein.“

„Er schenkt mir einen kleinen Blick.“

„Der gnädige Herr haben mich erwartet! . . . Was hat er denn, wenn das Theater wieder anfängt. Es scheint alles kein Leben zu sein.“

„Der gnädige Herr haben mich erwartet! . . . Was hat er denn, wenn das Theater wieder anfängt. Es scheint alles kein Leben zu sein.“

„Der gnädige Herr haben mich erwartet! . . . Was hat er denn, wenn das Theater wieder anfängt. Es scheint alles kein Leben zu sein.“

„Der gnädige Herr haben mich erwartet! . . . Was hat er denn, wenn das Theater wieder anfängt. Es scheint alles kein Leben zu sein.“

„Der gnädige Herr haben mich erwartet! . . . Was hat er denn, wenn das Theater wieder anfängt. Es scheint alles kein Leben zu sein.“

„Der gnädige Herr haben mich erwartet! . . . Was hat er denn, wenn das Theater wieder anfängt. Es scheint alles kein Leben zu sein.“

(Fortsetzung folgt.)







# Vermischtes.

## Zimmer zu vermieten.

In meiner Wohnung ist eine elegant möblierte Manstube mit Kochgelegenheit und feinstem Ausblick auf die Stadt an feindlichen Ausländer oder wüßigen Bekannungsreund zu folgenden zeitgemäßen Bedingungen zu vermieten:

1. Bieten Sie mir meine Rechten bis 15. Mai, Kartoffeln bis 31. Juli;
  2. übernehmen Sie die Verpflegung von drei ausgewählten Personen nicht einem röhrenreichen Dackel, für welchen die Hundsteuer zu entrichten ist;
  3. tragen Sie zwei Drittel der Gasrechnung;
  4. rücken Sie die Bettwäsche und Handtücher. Dasselbe bleibt nach Ihrem Auszug unter Eigentum;
  5. abonnieren Sie eine rechtsprechende Zeitung zur gemeinsamen Zweckbenutzung;
  6. zahlen Sie den Betrag von 26 (in Worten dreißig Gulden);
  7. tragen Sie die Müllimer wöchentlich zweimal herunter;
  8. besorgen Sie mir eine leitende Stellung in der Schermer-Industrie;
  9. und meiner Frau ein Engagement als Kaffiererin in einer P-Bank.
- Auf Fremdbücher und sonstige Nechfarben wird bei diesen Preisen ein Aufschlag von 10 Prozent erhoben.
- Sämtliche Bedingungen sind freibleibend, was Sie begehren wollen.
- Mit deutschem Gruß: Johann Arsch.
- per Posten dieses:
- |  |              |
|--|--------------|
| 1/2 Arbeitsstunde                                      | 8 000 000 M. |
| 1 Briefbogen mit Antwort                               | 1 000 000 M. |
| für Tinte  | 500 000 M.   |
| für Porto nebst Postgeld für Anstellen am Postschalter | 4 500 000 M. |
| 12 000 000 M.  |              |

wofür Sie mir täglich 1 1/2 Pfund wertbezügliche Süßrahm-vollfett-Tafelbutter liefern wollen. Capote.

## Monistenbund und Gotteslästerungsparagraf.

In der kürzlich in Nürnberg abgehaltenen Hauptversammlung des Deutschen Monistenbundes wurde mit Enthaltung davon Kenntnis genommen, daß der Schriftleiter Artur Wolf in Dresden wegen Gotteslästerung zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden ist. In der Begründung des Urteils ist gesagt: „Die Gotteslästerung bedeutet nicht eine Verleumdung Gottes, wie die Angeklagten meinen; eine Verleumdung ist schon deshalb nicht möglich, weil „Gott“ keine Person, sondern lediglich ein von Menschen gebildeter Begriff ist, entlungen aus der Erkenntnis, daß wir viele Dinge und Erscheinungen in und um uns mit unserem Verstande nicht zu erklären und zu

erfassen, vermögen.“ Das Urteil gibt hiermit zu, daß der § 166 nur dem Schutze eines von Menschen gebildeten Begriffs dient. Der Deutsche Monistenbund bittet den Reichsjustizminister, mit möglicher Beschleunigung einen Antrag auf Streichung des § 166 des Strafgesetzbuches dem Reichstag vorzulegen.

### 3.11hr-Ladenschluß in Berlin.

Der Verband der Ladeninhaber und öffentlichen Verkaufsstellen von Groß-Berlin hat laut „Kolossal“ in einer Versammlung beschlossen, in Anbetracht der hohen Beleuchtungs- und Heizungskosten die Läden vom 1. Oktober ab um 5 Uhr abends zu schließen.

### Glückliches Wien.

Nach dem im Finanzausschuß des Gemeinderats vorgelegten Rechnungsabschluß ergibt sich für das zweite Halbjahr 1921 statt des vorher angenommenen Defizits von 1500 Millionen Kronen ein Ueberschuß von 1550 Millionen Kronen und für 1922 ein Ueberschuß von 38 Millionen Kronen statt des vorgelegenen Abganges von 5900 Millionen Kronen. — Wien hat bekanntlich eine sozialdemokratische Stadtverwaltung.

### Arbeitslosigkeit in Afrika.

Dreihunderttausend weiße Arbeiter in Ostafrika sind arbeitslos; die billige Kulturarbeit der Farbigen hat sie krollig gemacht. Dies war die Folge des im vorigen Jahre blutig niedergeworfenen Generalstreiks. Damals gelang es dem durch die Luftbomben unterstützten Kapital sich die unbedingte Negerarbeit zu Hungerlöhnen zu sichern. Die vom Staat vergebenen Notstandsarbeiten werden zu Bedingungen ausgeführt, die der Sklavenarbeit ähnlich sind und die von ihnen „Vetroffenen“ zu Hungerlöhnen verurteilen.

### Wenn Kinder als Jungen anstreifen.

Den Wert von Kinderauslagen belächelte wieder einmal eine Gerichtsverhandlung in Berlin. Vor zwei Jahre hatte ein Hausbesitzer unter dem schweren Verdacht unzüchtiger Handlungen an Kindern gestanden, bis es ihm jetzt gelang, sich durch ein irreführendes Gerichtsurteil zu rehabilitieren. Er war von zwei Mädchen im Alter von 9 und 14 Jahren beschuldigt worden, sie in unzüchtiger Weise berührt zu haben. Die Sache kam dadurch ins Rollen, daß die beiden Kinder ihren Freundinnen davon erzählten, und daß durch diese wiederum die Eltern der beiden Mädchen von der Geschichte Kenntnis erlangten. Der Hauswirt wurde unter Auflage sofort unzüchtiger, und es ergaben sich erhebliche Widerstände. Auf Befragen des Verteidigers bekräftigten die jugendlichen Zeuginnen, daß sie erkrankten Personen Mitteilungen über die Vorgänge im elterlichen Hause gemacht hätten. Das Gericht sprach den schwer beschuldigten Mann schließlich frei.

### Die größte Insektensammlung der Welt.

Das Britische Museum darf sich rühmen, eine Insektensammlung zu besitzen, wie sie so reich und umfassend in der Welt nicht mehr

existiert. Bis jetzt war man noch nicht dazu gekommen, ein genaues Verzeichnis der hier gesammelten Insekten vorzunehmen. Nach dreijähriger Arbeit ist aber jetzt der Katalog der Sammlung fertiggestellt und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden. Danach enthält die Sammlung des Britischen Museums 1 118 000 Insekten. Darunter befinden sich 325 767 Schmetterlinge, unter denen 41 210 verschiedene Arten vertreten sind, und 398 000 Käfer, die sich aus 67 300 verschiedenen Arten zusammensetzen. Von den Käfern (Mienen, Wespen, geflügelten Ameisen) zählt die Sammlung 19 608 Arten. Von Halbfaltern (Motten usw.) und Zweiflüglern (Fliegen, Mücken, Moskito) sind 7267 Arten vertreten. Die Gradflügler (Grillen, Heuschrecken usw.) zählen 3000 Arten; die Netzflügler (Ameisenlöwen) 1334 Arten, während von den verschiedenen Wanzenfischen 21 Arten durch 139 Exemplare vertreten sind. Bei den Sammlungen haben die Besuche aus privaten Kreisen das weiße bezaubert. Ein einziger Besucher schenkte dem Museum 230 000 Insekten, ein anderer 20 000, und die reichste Schmetterlingsammlung, die das Museum seitensweise erhielt, umfaßte 31 130 Exemplare.

### Sie sucht Pilze.

Ein Beamter des Bahnhofs Brunewald bei Berlin stieß auf dem Heimwege im Brunewald auf eine Frau, die sich mit einer Schippe ein Loch in den Grasboden grub. „Was machen Sie da?“ — „Ich suche Pilze!“ — Der Beamte geht weiter, bleibt aber in der Nähe stehen, beobachtet heimlich die nächtliche Pilzsammlerin, wie sie weiter sucht und schließlich statt der Pilze eine schwere Eisenkassette herausholt. Er verfolgt sie, läßt sie festnehmen und darf sich bereits eine Stunde später eine Belohnung von einer halben Million von dem rechtshändigen Besizer, einem Charlottenburger Bildhändler, holen, dem die Kassette von der Pilzsüchtigen vor längerer Zeit gestohlen worden war. Die Frau war bei ihm als Stütze, hatte sich Johanna Kukoska aus Philadelphia genannt und damals alle Mitangehörigen im Hause des Diebstahls bezichtigt, als die Kassette mit ungewöhnlich wertvollen Schmucksachen auf unerklärliche Weise verschwunden war. Johanna hatte sie gestohlen und für einige Zeit im Brunewald vergraben. Die Kriminalpolizei nimmt an, daß es sich um eine berufsmäßige Diebin handelt.

### Die „Loze“ zum „harmherzigen Samariter“.

In der Hardenbergstraße Berlins hatte der Förstner Otto Samariter seine Loze als Spielklub eingerichtet und auch regen Zuspruch zu verzeichnen. In einer Nacht fielen Beamte des Spieldezernates überraschend ein, stellten 50 Personen fest und beschlagnahmten die Spielgeräte und das Geld.

### Bei Sicht, Rheuma, Schiess

hat sich Logal wegen seiner hervorragenden bewährt. Verzüglich lobend begutachtet! Ein Versuch liegt im eigenen Interesse. In allen Apoth. Best. 64,3% Acid. acetic, salic., 0,406% Chinin, 12,6% Lithium ad 100 Amylum.

## Bekanntmachung.

Mit dem heutigen Tage haben wir eine weitere Auflage Notgeldscheins in den Verkehr gebracht. Sie lauten über 50 Millionen Mark, gezogen auf die Girozentrale für Ost- und Westpreußen in Danzig und tragen als Ausfertigungsdatum das Datum vom 20. September dieses Jahres. Sie sind 150 mal 100 Millimeter groß, mit einem 4 Millimeter breiten weißen Rande. Sie sind hergestellt auf weißem Papier mit Schuppenmusterwasserzeichen. Die Vorderseite hat hellbraunen, gemusterten Lendruck, mit dunkelbraunem Text und Bilderrand, in ebenfalls dunkelbraunem Rahmen und in den Ecken die negativen Wertzahlen 50. Man liest auf der Vorderseite am Kopf die Wertbezeichnung in Worten: Fünfzig Millionen Mark, darunter „deutsche Reichswährung“ und rechts daneben die laufende Nummer in Rotdruck. Darunter zeigt der Schein links die Zoppoter Jubiläumspalette und zwischen den beiden Plaketten oben und unten die Jubiläumswahlen 1823 1923, rechts daneben eine Ansicht der Kuranttafeln mit einem Seebild, weiter unten den Text mit den eigenhändigen Unterschriften: Dr. Lenz, Dr. Bierczynski, bezw. Dr. Lenz, Doering, oder Koch, Dr. Bierczynski, bezw. Koch, Doering. Am Fuße ist links des Zoppoter Magistratsiegel in Rotdruck aufgedruckt. Die Rückseite ist ebenfalls in hellbraunem gemustertem Lendruck, mit dunkelbraunem Rand und Textdruck gehalten. Die Ecken zeigen wie die Vorderseite die Wertzahlen 50, am Kopfe liest man die Wertbezeichnung in Worten: Fünfzig Millionen Mark, rechts daneben deutsche Reichswährung. Die Mitte der Rückseite enthält, von einem Rahmen umgeben, das Bild Dr. Falkner's, rechts und links daneben die Wertbezeichnung 50 Millionen Mark und unter dem Bilde die Straßendruckung, flankiert von 2 Seealtern. Zoppot, den 26. September 1923. Der Magistrat. (110592)

## Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.  
Sonnabend, Donnerstag 26. September, abends 7 Uhr:  
Donnerstages haben keine Gültigkeit!  
Rez. einstudiert.

### Die verlorene Tochter

Duppl. in 3 Akten von Ludwig Jaska  
In Szene gesetzt von Heinz Krede.

- |  |                     |
|--|---------------------|
| Max Kormemann, Handlungsabgeordneter     | Heinz Krede         |
| Berhard Kormemann, sein Sohn, Richter    | Erl. Frick          |
| Adolfine, seine Frau                     | Jenny von Weber     |
| Helga, ihre Tochter                      | Erna Jask           |
| Dr. Hradzinski, 2. bezirksärztlicher Rat | Hermann Fehle       |
| Kurt Weigel, Rechtsanwalt                | Reginald Bufe       |
| Frau von Hradzinski, seine Frau          | Erna Friederichs    |
| Margret Schaub, ihre Bedier              | Sally Vogel         |
| Baronin von Schwertzen, ihre Tochter     | Klara Heise         |
| Hilke, ihre Tochter                      | Job. Droß-Ballestra |
| Herte                                    | Hedi Quischoera     |
| Karlberg                                 | Joh. Hader          |
| Frau Kurlberg                            | Greta Nord          |
| Schne                                    | Arndt Regard        |
| Paul Hermsdorf, Hofkammerant             | Paul Thot           |
| Ein Hausdiener                           | Ferdinand Kiemel    |
| Ein Zimmerdiener                         | Willy Ehrlich       |
| Ein anderer Bedier                       | Oskar Strauß        |
| Ein Kammerant                            | Paul Werner         |
| Ein Erben                                | A. Schwaninger      |
- Sonntag 28. September, abends 7 Uhr. Donnerstag 29. September, abends 7 Uhr. Sonntag 30. September, abends 7 Uhr. Erste Aufführung des Morgenstücks. Ein Gesellschaftsspiel im Kaspernischen Hause.

## Metropol-Lichtspiele

Dominikswall 12.  
Vom 21. Sept. bis 27. Sept.  
Täglich 4 Uhr  
Sonntag 3 Uhr  
Der Kampf um die Millionen!  
Original italienisches Sensations-Drama mit erster Besetzung. 1923  
Der prächtige Hagenbeck-Raubtier-Film:  
„Wettlauf ums Glück!“  
Ein Abenteuer in den wildromantischen Steppen Tibets mit der wagemutigen engl. Künstlerin Miss Colette Brettel.  
Das Universalgenie!  
Grotteske mit Hansi Dege und Gerhard Dammann.  
Täglich 1/2 4 Uhr, bis Donnerstag. Kinder-Vorstellung mit „Wettlauf ums Glück!“ und „Universalgenie.“

## Herrenstoffe

direkt ab Fabrik  
staunend billig  
Danziger Tuchhaus,  
Breitnasse 31.  
1923

## Eisernes Schild

163x48 cm, zu verkf.  
Schramm,  
Borksdorf, Graben 57.

## Tausche

1 grauen Gehrockanzug mit einem Damen-Wintermantel.  
Kollowogasse 14, pt. links.  
Sonnige Wohnung, Stube, Kabinett, Küche, Zubehör in Danzig aeg. 2 Stuben, Zubehör in Neufahrwasser zu tauschen gesucht.  
Off. unt. V. 1806 a. d. Exp. der Volksst. mme (f)

## Zentral-Theater

Langgasse 31 • Fernsprecher 103  
Ab Freitag 4 Uhr  
Der richtige Film zur richtigen Zeit

## Wilhelm Tell

7 Musikantheater mit  
erster künstlerischer Besetzung und großem Orchester.  
Woberschen Sie nicht das morgen erscheinende Inserat!!!

## Kein Laden

Herren-Hüte  
Auf Teilzahlung  
Berliner Konfektions-Vertrieb  
Mittelstraße 129, 1 Tr. (am Hofmarkt)

## Wohnungstausch.

Da das Wohnungsverhältnis es erfordert, sind gegen zwei 3-Zimmer-Wohnungen auf einem Platz nebeneinander, gut in Ordnung, eine 2-Zimmer-Wohnung mit Kamin und Kachelofen, die ich bereit, mich beiden Wohnungen gegen eine mit 2 Zimmern und Kaminofen zu tauschen. Sonnabend, Dr. Schwaninger, 4, 3 Tr.

## Wer übernimmt Beiladung nach Tilsit?

Offert mit Nr. 1807 an d. Exped. d. Volksstimme. (f)

## Sozialdemokratische Partei Danzig

Am Sonnabend, den 29. September, abends 7 Uhr, im Werkspeicherschau

## Eröffnungs-Feier des Parteitag

unter Mithwirkung d. Arbeiter-Gesangsvereine: Freie Sängler, Sängergesang, Langfahner Männer-Gesangsverein, Zoppoter Volkschor, der Jugend u. a.  
Musikalische Darbietungen, Massensprüche, Solovorträge  
Rezeptionen = Aufführungen  
Festrede: Gen. Herm. Müller  
Zur Deckung der Unkosten wird ein Eintrittsgeld erhoben. Karten an der Abendkasse. Freunde und Anhänger unserer Partei können durch Mitglieder eingeführt werden.

## 1 Stollpflanze, 1 Petroleumlampe, 1 großer Steinlopf zu verkaufen.

Unthan, hohe Seigen 24, 1 Tr.

## Hochelegante Winter-Palats

das neueste der Saison.  
Hochelegante Herren-Anzüge Herren-Hosen Jagd- u. Sport-Toppen  
in großer Auswahl.  
Teilkzahlung gestattet  
Goldschmucks werden in Zahlung genommen  
Bekleidungshaus „London“  
H. Damm Nr. 10.

## Reiner leichener Schreibstift

gegen Dollar zu verkauf.  
Bsp. Kollowogasse 5 b, Hof links pt.  
Tisch  
(70) zu verkaufen (f)  
Kollowogasse 12, pt. r.

## Möbel Zimmer

loft od zum 1. q. gesucht. Angeb. unter E. 1808 an die Exp. der Volksst. (f)

## Einf. möbl. Zimmer

von Angehörigen gesucht. Angeb. unter E. 1809 an die Exp. der Volksst. (f)  
Eheraar sucht möbl. Zimmer mit Küchenherd. Angeb. unter E. 1810 an die Exp. der Volksstimme. (f)  
Gut möbl. Zimmer zu mieten gesucht. Offert unter E. 1811 an die Exp. der Volksstimme. (f)  
Jede Klemmerarb. wird sachgem. ausgeführt. Klemmererei u. Polieranst. Artur Winkler, Poagenpohl 42. (f)

## Gemissen, Lejer, Gefinnungstreuende

Geschäfte, die nicht in Eurer Zeitung inserieren, verzichten auf Eure Kundtschaft! Berücksichtigt daher bei Euren Einkäufen nur die Inserenten der „Danziger Volksstimme“